

Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Materialien zur Pressekonferenz

Alle Materialien sind unter
www.linksnet.de
digital verfügbar



Arbeitslosenverband
Deutschland e.V.



Europäische Märsche gegen
Erwerbslosigkeit, ungeschützte
Beschäftigung und Ausgrenzung



Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler
e.V.

Der virtuelle Treffpunkt der
Gewerkschafts- und Betriebslinken



LabourNet
Germany

LabourNet Germany

WEITERE UNTERSTÜTZER
express
Zeitung für Betriebs- und
sozialistische Gewerkschaftsarbeit

**Stiftung Menschenwürde
und Arbeitswelt**

BAG-SHI

Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.

Der Privatisierung sozialer Errungenschaften Widerstand entgegensetzen

Zur Agenda 2010 und zu den Hartz-Gesetzen erklären Frau Biehn (BAG der Sozialhilfeinitiativen), Herr Bultmann (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen), Frau Wompel (LabourNet Germany), Herr Cultus (Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung) und Frau Drögsler (Arbeitslosenverband Deutschland e.V.):

Wir sehen uns derzeit einem parteiübergreifenden Angriff auf die sozialen Rechte von Lohnabhängigen und breiten Bevölkerungsschichten ausgesetzt. Gleich, ob es sich um Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen, Erwerbstätige, Rentner, Kranke, Studierende oder Auszubildende handelt.

Die Agenda 2010 zerstört die sozialen Absicherungen. Kosten für soziale Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter sowie für die Bildung werden auf den Einzelnen abgewälzt. Nur die Beschäftigungsfähigkeit zählt. Sozial schwach sein, heißt, nicht verwertbar zu sein und künftig (fast) nichts zu kriegen. Allein der Wegfall der Arbeitslosenhilfe trifft vor allem Erwerbslose mit Kindern. Zirka 500.000 Kinder geraten zusätzlich in Sozialhilfe. Soziale Sicherung abbauen, heißt Lohnkosten senken zugunsten der Profite. Dem setzen wir Widerstand entgegen!

Damit Europa im Standortwettbewerb siegt, sollen die Stabilitätskriterien der europäischen Zentralbank um jeden Preis eingehalten werden. Zur Erhaltung der Stabilität des Euro und zur Erhöhung der Profite ist jedes Opfer recht: Arbeitslosenhilfe, Krankengeld, Hilfe zum Lebensunterhalt. Und alle Bürger müssen mehr zahlen: bei Studiengebühren, Medikamenten, Rentensteuer, Lehrgeld.

Obwohl Deutschland bereits Dumpingweltmeister bei den Lohnstückkosten ist, wird der Kündigungsschutz aufgeweicht, Gratisarbeit bei PSA und „Ich-AG“ eingeführt, Leiharbeit, Minijobs und Zwangsvermittlung werden ausgedehnt. Zwangsläufig unterbieten diese Geringverdienenden die Lohn- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten. Diese

Entwicklung schürt die Ost-West-Konkurrenz, vervielfacht den Druck auf die Tarifstrukturen und bedroht die Gewerkschaften in der Wahrnehmung ihrer Rechte.

Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze gehen alle Bevölkerungsgruppen an. Da sich die vorherrschenden Konzepte in der Arbeits-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik so sehr gleichen, wollen wir künftig eng zusammenarbeiten. Wir werden im Rahmen unserer Organisationen unser Möglichstes tun, um den Widerstand gegen diese Maßnahmen weiter zu verstärken.

Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe! Gegen Arbeitszwang, Billigjobs und Abschiebung!



Der Europäische Rat hat auf seiner Sitzung in Lissabon im März 2000 beschlossen, dass die EU in den nächsten zehn Jahren zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt gemacht werden soll. Dazu propagiert die EU ein „europäisches Sozialmodell“, in dem nicht mehr jeder im Fall von Erwerbslosigkeit das selbstverständliche Recht auf sozialen Schutz hat. Dieser ist jetzt abhängig von der Bereitschaft des einzelnen, jeden Job anzunehmen ungeachtet der damit verbundenen Qualifikation, den Umständen der Beschäftigung, der Entlohnung. Es geht um eine sogenannten Beschäftigungsfähigkeit bei erhöhter Vermittlungsgeschwindigkeit und mit erhöhtem Zwang hinsichtlich der Zumutbarkeit. Vor allem aber durch Lohnsenkungen sollen Unternehmer zu Neueinstellungen bewegt werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat diese Vorgaben mit dem Hartz/Clement-Gesetzen umgesetzt – Stichworte: Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung für Langzeitarbeitslose, Reduzierung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Verwandlung der Sozialhilfe in eine neue Form der Fürsorgeleistung, subventionierte Leiharbeit und Minijobs. Die EU ist dabei, die Armutsgrenzen neu zu definieren. Bisher gilt: Arm ist, wer weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens oder weniger als 60% des mittleren Einkommens zum Leben hat. Jetzt sollen „qualitative“ Kriterien hinzugezogen werden, wie die Frage „Fühlen Sie sich arm?“

All diese Maßnahmen zerstören die sozialen Errungenschaften, für die unsere Eltern und Großeltern gekämpft haben. Nicht die Wirtschafts-

kraft fehlt, sondern mit dem Geld der Sozialkassen werden die Steuererleichterungen der Unternehmen gezahlt.

EU-weit ist eine andere Politik erforderlich:

- Der Vertrag von Maastricht und die Stabilitätskriterien sind aufzukündigen.
- Die europäische Zentralbank ist durch die Parlamente zu kontrollieren.
- Alle EU-Regierungen sind zu einer Politik der Angleichung der Lebensverhältnisse zu verpflichten. Die erweiterte EU muss ein Raum gleicher sozialer Rechte für alle in ihr lebenden EinwohnerInnen werden.
- 50 Prozent des erwirtschafteten Bruttoinlandsproduktes pro Kopf ist als europäische Armutsschwelle anzusetzen, denn Einkommen ist ein Menschenrecht. Kein Beschäftigter darf weniger verdienen, kein Erwerbsloser und Nichterwerbsfähiger weniger Sozialleistungen beziehen, keine Rentnerin weniger Rente bekommen. Dieses Mindesteinkommen als Anteil am Volkseinkommen setzt zugleich die Untergrenze für den Lohn und für die Rente und kann mit einer drastischen Verringerung der Arbeitszeit Wirklichkeit werden.

Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

Privatisierung von Bildung und Privatisierung des Arbeitsmarktrisikos – zwei Seiten einer Medaille!



Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler
e.V.

Aus aktuellem Anlass erklärt der Bundesgeschäftsführer des BdWi, Torsten Bultmann: „Die jüngsten Entwicklungen zeigen, wie schleichende Privatisierung von Bildung, seit längerem anhaltender Sozialabbau und die messbaren Effekte der sog. Hartz-Gesetze eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale erzeugen. Das ist der Weg, auf dem die Agenda 2010 weitermacht. Das Resultat ist noch weniger Arbeit und noch weniger Bildung. Der mittel- und langfristige gesellschaftliche Qualifikationsbedarf wird auf diese Weise völlig verfehlt, eine weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit ist vorprogrammiert!“

In der öffentlichen Wahrnehmung ist die negative Wirkung der sog. Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 häufig auf Erwerbslose bzw. von Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen beschränkt. Dem widerspricht, dass die Muster des »aktivierenden Sozialstaates« etwa schon seit längerem auch in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik identifizierbar sind. Die Betonung der »Eigenverantwortung« ist auch hier die bekannte Kehrseite rückläufiger staatlicher Bildungsausgaben i. V. zur wachsenden gesellschaftlichen Nachfrage nach Bildung. Das Risiko für den »Bildungserfolg« und die Verwertung der erworbenen Qualifikation wird damit stärker als bisher auf die Individuen abgewälzt. Ergänzt wird dies durch die Drohung privater Kostenbeteiligung (Studiengebühren). Insbesondere die öffentlichen Hochschulen sind seit längerem ein spezifisches Exerzierfeld für derartige Privatisierungsstrategien. Es ist kein Zufall, dass das Modell der Bildungsgutscheine in Deutschland erstmalig in seiner Variante der »Studienkonten« in Gesetzesform (Nordrhein-Westfalen) gebracht wurde.

Ein aktuelles Beispiel: Die Kultusministerkonferenz (KMK) beschloss am 12./13. Juni d. J. sechssemstrige sog. Bachelor-Studiengänge zum Regelabschluss an deutschen Hochschulen zu machen. Gegenüber den traditionellen Diplom-Abschlüssen würde dies eine administrative Absenkung des Qualifikationsniveaus für 30% eines Altersjahrgangs bedeuten. Begründet werden solche Maßnahmen u.a. mit einem - bisher nicht nachgewiesenen - »Arbeitsmarktbedarf«, vor allem jedoch mit der Notwendigkeit »lebenslangen Lernens« als Voraussetzung von Beschäftigungsfähigkeit. Dem steht jedoch u. a. entgegen, dass auch die Instrumente politisch gestalteter Weiterbildung etwa mit dem Rückgang aktiver Arbeitsmarktpolitik (Qualifizierung) drastisch beschnitten werden: Zahlreiche anerkannte Weiterbildungseinrichtungen stehen aktuell vor dem Zusammenbruch. Nach Angaben von Ver.di gingen etwa die Neuanmeldungen für Weiterbildungsmaßnahmen allein in Hamburg im ersten Quartal 2003 auf 1148 Personen zurück (gegenüber 3560 Personen im Vorjahresquartal). Die Ursache dafür ist nicht allein der Rückgang öffentlicher Förderung, die Negativeffekte werden vielmehr durch solche »Hartz-Instrumente« wie Bildungsgutscheine (ab 1.1.2003) offenbar noch verstärkt. Diese »nachfrageorientierte« Finanzierungsform hat sich in ihrer einseitigen Risikoverlagerung auf BildungsteilnehmerInnen und -einrichtungen als ein völlig untaugliches Steuerungsinstrument erwiesen. Sie sollte daher wieder abgeschafft und in anderen Bildungssektoren gar nicht erst eingeführt werden!

„Diese Politik ist im Ansatz verfehlt“, so Torsten Bultmann, „und daher nicht »nachbesserungsfähig«. Die Durchsetzung eines Politikwechsels erfordert ein stärkeres Zusammenwirken von Sozialinitiativen, Gewerkschaften, Bildungs- und Wissenschaftsverbänden.“

Bonn, den 30.6.2003

Auszug aus Statement für die Pressekonferenz am 30.06.2003



Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.

Als das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) 1962 in Kraft trat, löste es das Fürsorgerecht ab und ermöglichte so den Rechtsanspruch auf eine Leistung, auf die jede Person einen Anspruch erhielt, unabhängig von den Gründen für ihre Notlage. Die Geldleistung glich zwar dem Fürsorgerecht: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel, aber zumindest muss niemand verhungern.

Ursprünglich sollte eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Wenngleich diese Teilhabe auch noch im Gesetz steht (...„das der Würde des Menschen entspricht“), wurde dies in der Realität nie wirklich umgesetzt.

Gerade in den letzten Jahren wurde der Druck und die Anforderungen an SozialhilfebezieherInnen ständig erhöht, einen Arbeitsplatz zu suchen und anzunehmen, obwohl nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind. Die Sanktionen bei Ablehnung von Arbeit wurden deutlich verschärft. Dabei spielen oft genug die nachvollziehbaren Gründe für die Nichterwerbstätigkeit wie z.B. die Erziehung von Kindern unter drei Jahren keine Rolle mehr. Die „Hilfen zur Arbeit“ werden in der Praxis dadurch immer häufiger zur Abschreckung und zur Versagung von Sozialhilfe genutzt.

Ende 2002 lebten 2,7 Millionen Menschen von der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz. Eine große Gruppe der HilfebezieherInnen sind Alleinerziehende, die aufgrund nicht ausreichender Kinderbetreuung auf Sozialhilfe angewiesen sind. Eine weitere Gruppe sind Kinder unter 18 Jahren. Noch eine weitere Gruppe sind ältere bzw. erwerbsgeminderte Menschen, deren Rente nicht ausreicht.

Die derzeitige so genannte „Reformpolitik“ wird eine drastische Verschlechterung der Situation von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen zur Folge haben.

Durch den Druck auf BezieherInnen von Leistungen entstehen keine neuen Jobs, sondern lediglich Existenzängste und der Zwang für viele,

für Löhne zu arbeiten, von denen sie nicht leben können. Mit der weiteren Privatisierung von Risiken und Ausgrenzung aus dem Leistungsbezug sowohl im Bereich des Arbeitsmarkts als auch im Gesundheitswesen werden mehr Menschen in die Armut gedrängt. Die Auswirkungen der geplanten Maßnahmen in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung kumulieren bei den ärmeren Schichten der Bevölkerung. Insbesondere Frauen zahlen die Rechnung.

Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe trifft insbesondere Arbeitslose mit Kindern, die bislang noch eine durchschnittlich um 10 Prozent erhöhte Arbeitslosenhilfe erhalten haben, ältere Erwerbslose ohne Chancen auf dem Arbeitsmarkt und generell Arbeitslose, die in Lebens- und Ehegemeinschaften leben.

Es greift zu kurz, wenn man die vorgeschlagenen Maßnahmen nur als Instrument zur Einsparung staatlicher Ausgaben versteht. Ziel ist es, durch die Absenkung von Sozialleistungen, einen breiten Niedriglohnsektor zu schaffen. Angesichts gekürzter Leistungen müssten ArbeitnehmerInnen zu deutlich niedrigeren Löhnen arbeiten. Das verbirgt sich hinter dem Stichwort vom "fördern und fordern" von Arbeitslosen. Es werden an erster Stelle die Frauen, aber auch die besonders benachteiligten Gruppen und ältere Menschen sein, die für den neuen Niedriglohnsektor vorgesehen sind.

Nach der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe droht die Abschaffung der Sozialhilfe in ihrer heutigen Form. Sind erst einmal alle Erwerbsfähigen ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld I in der neuen Leistung Arbeitslosengeld II untergebracht, verbleibt eine relativ kleine Gruppe von LeistungsbezieherInnen in der Sozialhilfe. Dann besteht die Gefahr, dass im Zuge der Sozialhilfereform wichtige Strukturprinzipien der Sozialhilfe, wie die bedarfsdeckende Hilfe und das Individualisierungsprinzip, die heute Mindeststandards für unser System der sozialen Sicherung setzen, einfach geschliffen werden.

Der Anspruch, allen Menschen eine Existenz in Würde zu ermöglichen, und das Solidarprinzip, das je nach Leistungsfähigkeit des Einzelnen einen sozialen Ausgleich gewährleistet, müssen erhalten bleiben.

Position von Mag Wompel – LabourNet Germany – zum Sozialabbau

Der virtuelle Treffpunkt der
Gewerkschafts- und Betriebslinken



LabourNet Germany

Bereits als vor einem Jahr die ersten Pläne der Hartz-Kommission bekannt wurden, stand fest, daß es sich erstens um den größten Angriff auf die Lohnabhängigen seit Bestehen der Bundesrepublik handelt und daß zweitens dieser Angriff alle lohnabhängigen Menschen trifft: nicht „nur“ die Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen, sondern auch die (noch) Erwerbstätigen und mittlerweile auch die Rentner.

Rente mit 67, Streichung des Krankengeldes und der Arbeitslosenhilfe, Ausweitung der Leiharbeit und der Befristung von Beschäftigung, Absenkung des Arbeitslosengeldes und Verschärfung der Zumutbarkeit, Lehrgeld für Ausbildungsplätze und Schmalspurausbildung... Die Liste der Grausamkeiten der Schröder-Regierung scheint keine Grenzen zu kennen.

Betroffen sind alle, besonders betroffen sind - wie fast immer - die schwächsten Gruppen der Gesellschaft. „Schwäche“ wird neu definiert, nämlich als mangelnde Verwertbarkeit und fehlendes politisches Durchsetzungsvermögen. Besonders getroffen sind daher diejenigen, die noch nicht oder nicht mehr wertschöpfend tätig sind (Kinder, Jugendliche sowie Kranke und Rentner) bzw. deren Wertschöpfung und Produktivität als nicht wettbewerbsfähig gelten: Un- und Angelernte, Frauen sowie Ältere, Behinderte und chronisch Kranke.

Wichtig ist, breit in die Bevölkerung und in die Betriebe zu tragen, dass durch die verabschiedeten wie geplanten Gesetze nicht nur Erwerbslosen schneller denn je Armut und ganz sichere Altersarmut drohen - auch dann, wenn sie jeden Job zu jedem Preis annehmen (müssen). Egal ob durch Zwangsvermittlung, durch Gratisarbeit in PSA, durch Leiharbeit, Mini-Jobs oder ‚Ich-AG‘, fungieren sie als Drücker der Lohn- und Arbeitsbedingungen der schmelzenden Stammebelegschaften und verschärfen den Druck auf die bestehenden Tarifstrukturen.

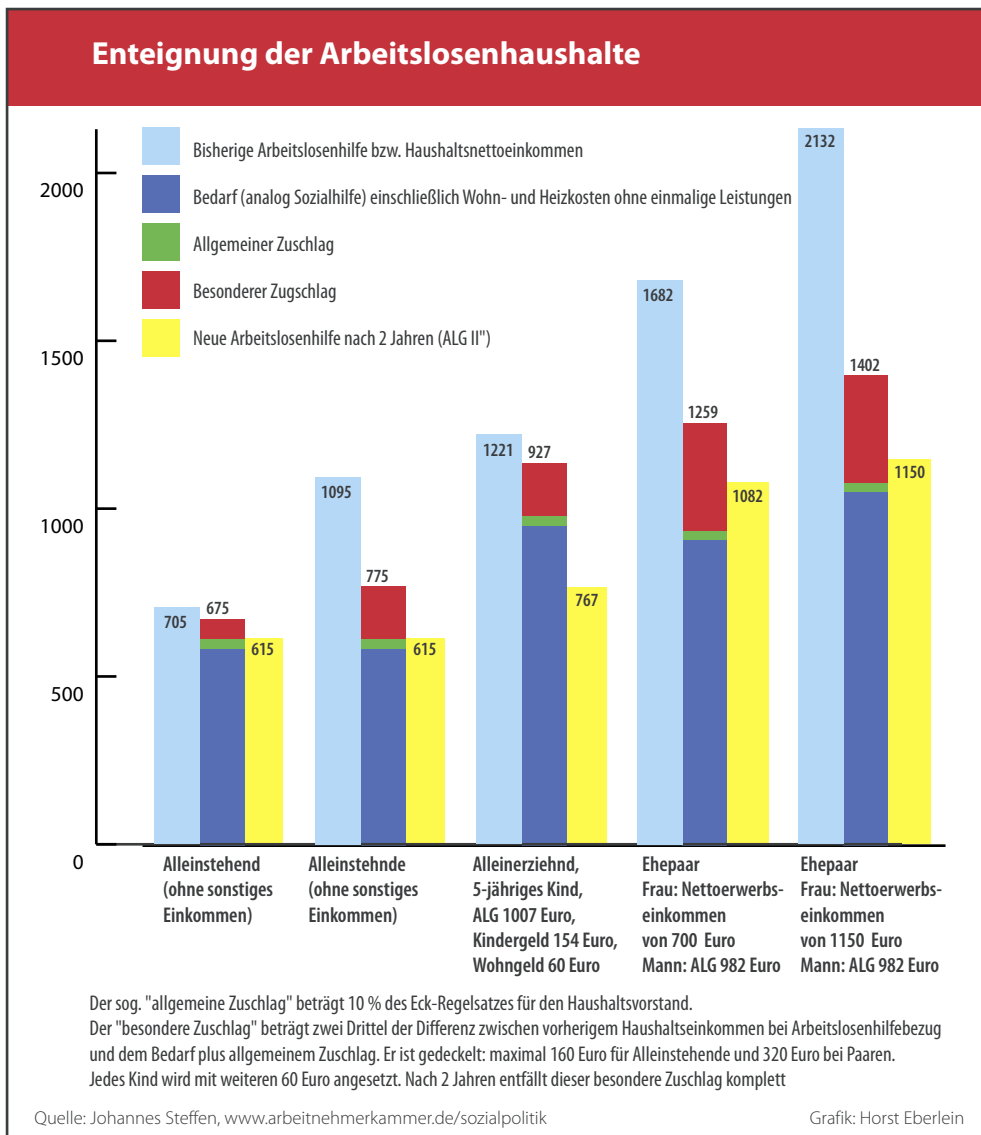
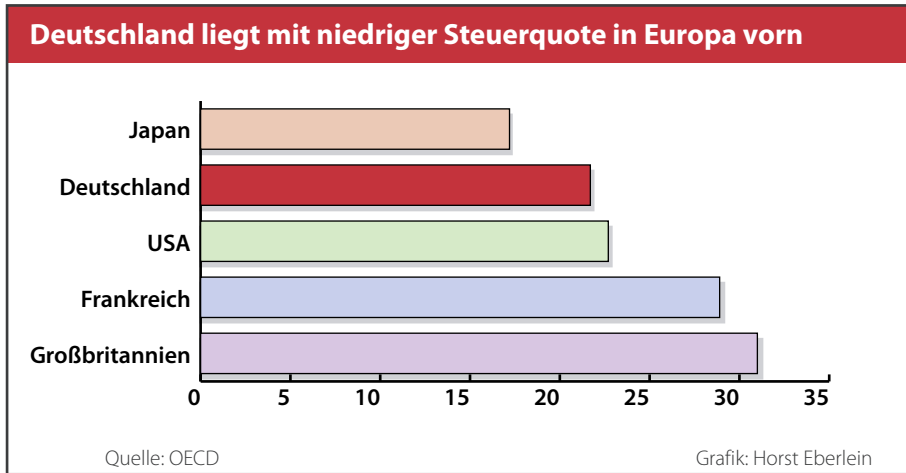
Selbst die Beschäftigten sind nicht nur von diesem Dumping betroffen, sie drohen schneller denn je, selbst dieses Schicksal zu erleiden. Es soll leichter entlassen werden können und noch leichter gerade bei denjenigen, die sich Jahre lang für den Betrieb kaputt gearbeitet haben. Als Dank dürfen sie ihr Krankengeld und einen immer größeren Anteil der Krankheitskosten selbst finanzieren. Und wer leichter entlassen wird, kann schon morgen wieder kommen - als Leiharbeiter und dies zu gewerkschaftlich tarifierten Löhnen, die längst keine Existenzsicherung durch Arbeit mehr erlauben.

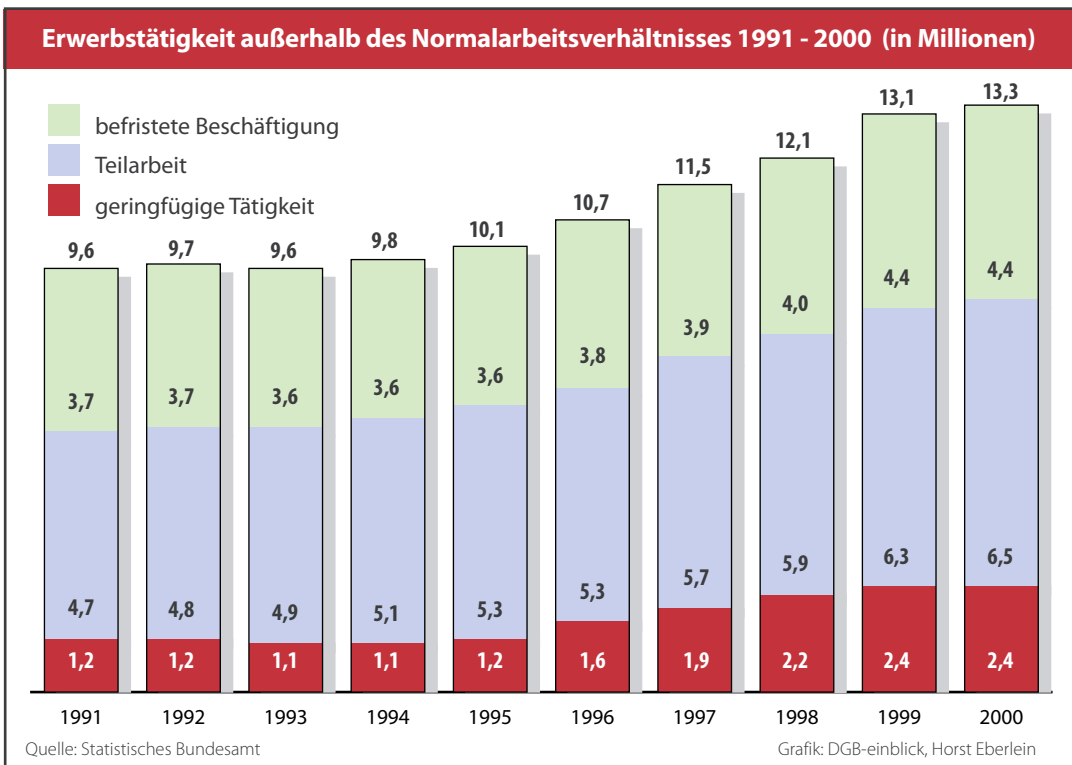
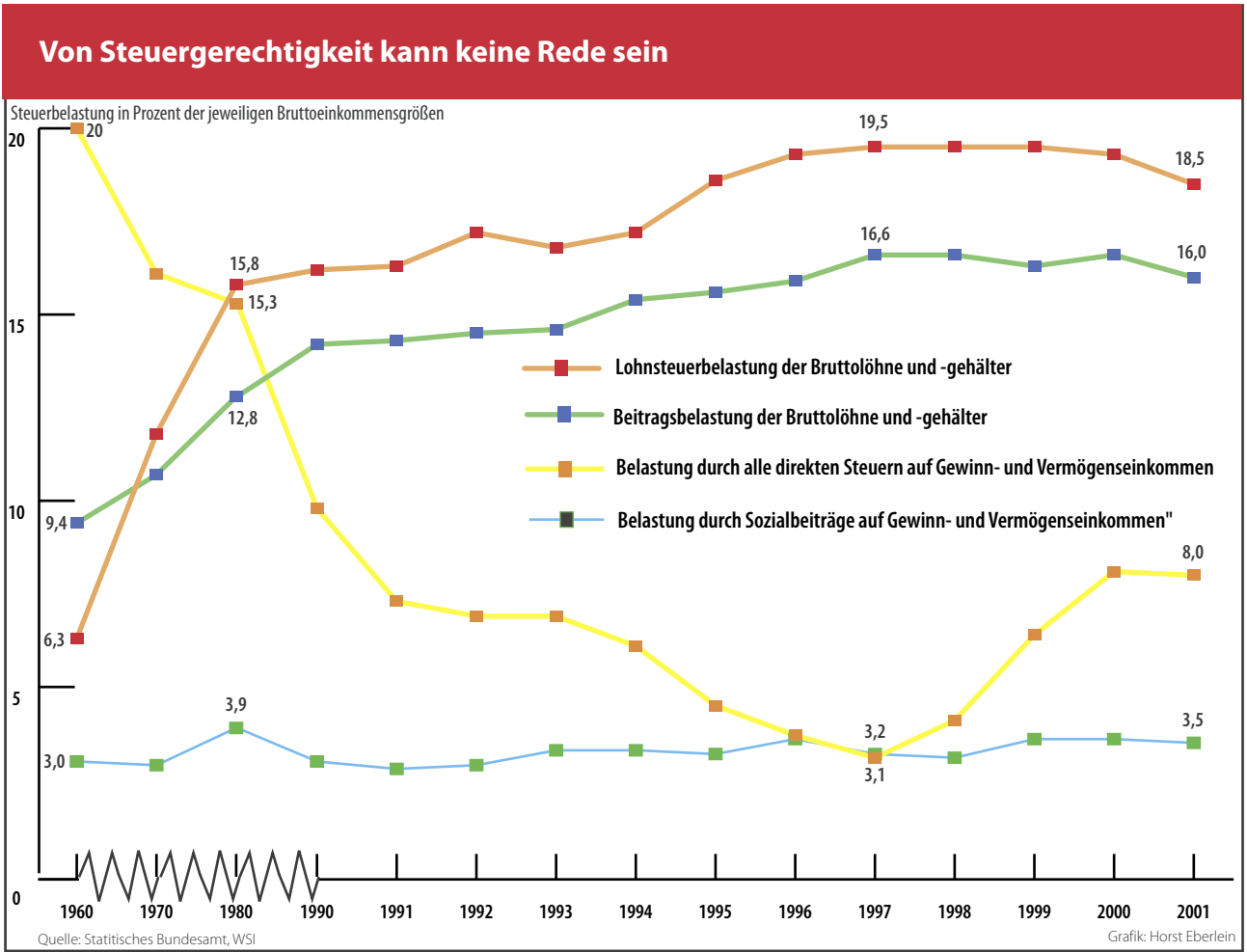
Da Gewerkschaften die betriebliche und nationale Wettbewerbsfähigkeit wichtiger ist als die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, ist es die Aufgabe von LabourNet Germany, die gewerkschaftlichen Aufgaben der Information, Verbreitung und Organisierung von Protesten zu übernehmen. Denn fest steht, dass der Kampf gegen den Abriss des Sozialstaates und für höhere Lebensqualität von allen Lohnabhängigen selbst organisiert und geführt werden muss - und zwar von den Beschäftigten, Erwerbslosen und Sozialhilfeempfängern gemeinsam.



Arbeitslosenverband
Deutschland e.V.

Die Positionen des ALV liegen nicht schriftlich vor zur Pressekonferenz. Bitte wenden Sie sich bei Interesse direkt an den Verband.





Der Runde Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Ein Runder Tisch wurde wegen einer Vertretung der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen aus der BRD auf europäischer Ebene erforderlich. Beim G7-Gipfel 1999 in Köln ergab sich dies eher zufällig. Mit dem Treffen von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf Landes- und Bundesebene im Februar 2000 entstand der „Runde Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen“. Zugehörig sind: der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV) e.V., die Bundesarbeitsgemeinschaft unabhängiger Erwerbsloseninitiativen (BAG-E), die Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) e.V., die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sowie mittlerweile zehn Landeskoordinationen von Erwerbslosengruppen und -initiativen. Die erstaunlich starke Mitwirkung der Landeskoordinationen verdanken wir der Unterstützung der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt.

Der Runde Tisch will die Verständigung und Abstimmung der Aktivitäten intensivieren, seine Aktionsbasis verbreitern und Unterstützer aus anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gewinnen. Letztere sind z. B. der ver.Di – Bundeserwerbslosenausschuss (BEA), das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC, das LabourNet und der BdWi.

Themen des Runden Tisch sind:

- Vermittlungspraxis der Arbeitsämter und Lohnkostenzuschüsse zu Zeitarbeitsfirmen
- Beschäftigungspolitik und Sozialpolitische Agenda der Europäischen Union einschließlich der Ansätze für Nationale Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung
- Veränderungen bei der Förderung von ABM im Osten aufgrund von Änderungen der Förderrichtlinien des Europäischen Sozialfonds
- Leiharbeit im Grundsatz und nach unterschiedlichen Erfahrungen in den Ländern

Im März 2002 wurde mit der Konferenz „Strategien gegen Armut und Ausgrenzung in Deutschland“ in Dresden und der „Dresdner Erklärung“ die Kampagne gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe eingeleitet. Bisherige Aktivitäten sind:

- Protestaktion „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe“ bei der Schröder-Rede auf dem DGB-Kongress im Mai 2002
- Aktionstag im Juni 2002 am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen vom Vormonat
- Mobilisierung zur Kölner Demonstration von DGB-Jugend/ ATTAC mit Thema „Arbeitslosigkeit“ am 14. 9. 2002 mit Kundgebung von Runderm Tisch und Ver.Di BEA.
- Verständigung zur Kommission „Zur Modernisierung von Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“
- Verständigung und Aktionen, z. B. 17. Mai 2003 - zu Hartz-Vorschlägen, aktuellen Gesetzen ab 1.1.2002 und der Agenda 2010, zur Leiharbeit, zu Ergebnissen der AG Soziales der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen.
- Erstellung eines Flugblattes „Alle auf die Strasse gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe“

Erika Biehn:



Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V.

Geburtsjahr: 1951, Diplom Sozialarbeiterin

Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen

Vorsitzende des Verbandes Alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband NRW

eine von zwei Moderatorinnen des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Arbeitsgebiete und Schwerpunkte: Armut allgemein, Armut von Frauen insbesondere von Alleinerziehenden, Existenzgeld und andere Modelle

der Grundsicherung, Sozialhilferecht mit Schwerpunkt Hilfe zum

Lebensunterhalt – örtliche Leistungen der Sozialhilfe und Verwaltungspraxis der Sozialämter, Familienpolitik insbesondere Familienlastenaus-

gleich und Kindergeld, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und -politik,

Selbsthilfe und Ehrenamt insbesondere Familienselbsthilfe,

Anschrift: Cappeltor 12

59555 Lippstadt

E-mail: bagshi.erika@web.de

Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI e.V.) ist eine Nichtregierungsorganisation, in der sich Initiativen aus den Bereichen Sozialhilfe und Erwerbslosigkeit sowie Menschen aus dem Kreis der Betroffenen zusammengeschlossen haben.

Traditionsreiche große Initiativen mit zahlreichen MitarbeiterInnen gehören genauso zu unserer Organisation wie kleine Initiativen, die ehrenamtlich tätig sind, oder engagierte EinzelkämpferInnen. Die BAG Sozialhilfeinitiativen hat sich 1991 aus einem losen Zusammenschluss von Sozialhilfeinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet als Verein gegründet, und betreibt seit 1992 eine Geschäftsstelle in Frankfurt am Main mit nunmehr zwei hauptamtlichen MitarbeiterInnen. Im Jahr 2001 wurde dem Verein die Gemeinnützigkeit anerkannt.

Die BAG-SHI e.V. versteht sich als Sprachrohr der Bevölkerungsgruppe, die von Armut und Ausgrenzung bedroht und betroffen ist, und vertritt deren Belange in der Öffentlichkeit, in Fachgremien und durch eigene Gutachten. Sie arbeitet außerdem an der Vernetzung von Initiativen und Beratungsstellen, um deren Informationsaustausch zu optimieren, und somit die Beratungstätigkeit zu professionalisieren und die Kompetenz von Selbsthilfeeinrichtungen zu stärken. Hier geht es vor allem auch darum, Hilfesuchende mit unserer verteilten Kenntnis des Sozialhilferechts und der Gewährungspraxis der Ämter bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche zu unterstützen.

Unsere meist ehrenamtlich tätigen ExpertInnen sind außerdem in zahlreichen Gremien vertreten und wirken mit bei sozialpolitischen Gutachten, Anhörungen zu Gesetzgebungsverfahren und der Erstellung von Armutsberichten. So ist die BAG-SHI e.V. Mitglied der

Nationalen Armutskonferenz (NAK). Zwei BAG-SHI Aktive vertreten die Nationale Armutskonferenz auch auf europäischer Ebene beim European Anti Poverty Network (EAPN). Zahlreiche Mitglieder sind auf Landesebene in Arbeitsgemeinschaften zu Arbeitslosigkeit und Armut aktiv. Zudem ist die BAG-SHI e.V. von Beginn an im Beraterkreis Nationaler Armuts- und Reichtumsbericht vertreten und hat einen Sitz im Arbeitskreis Grundsicherung im Alter (GSiG) beim Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung. Seit langem gehört die BAG-SHI e.V. dem bundesweiten Runden Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen an.

Geschäftsstelle
Moselstraße 25
60329 Frankfurt/Main
Telefon 069 - 27 22 08 96
Telefax 069 - 27 22 08 97
Email: bagshi-frankfurt@web.de



Torsten Bultmann;

Jg.1954; Bundesgeschäftsführer des BdWi: Arbeitsschwerpunkt „Bildungs- und Wissenschaftspolitik“; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu den Themen „Bildungsoekonomie“ und „Hochschulentwicklung“. Landesfachgruppenausschuss „Hochschule und Forschung“ der GEW Nordrhein-Westfalen. Gründungs- und Vorstandsmitglied des ABS (Aktionsbündnis gegen Stueingebuehren).

Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler / BdWi

Der BdWi wurde im Jahre 1968 in der BRD von HochschullehrerInnen gegründet, die sich in der damaligen »Ordinarienuniversität« positiv auf die Impulse der damaligen StudentInnenbewegung bezogen.

Demokratisierung wird verstanden als einzig adäquate Bewegungsform einer aufklärerischen und sozialer Emanzipation verpflichteten Wissenschaft. Damit wirkt der Verband an der Nahtstelle von Politik, Öffentlichkeit und akademischem Betrieb.

Der BdWi ist heute mit 1.100 Mitgliedern der größte kritische bildungs- und wissenschaftspolitische Verband, in dem ProfessorInnen, Studierende, GewerkschafterInnen oder BildungspolitikerInnen zusammenarbeiten.

Zu seinen Aktivitäten gehören die Organisation von Tagungen und Kongressen, die Herausgabe der Zeitschriften „Forum Wissenschaft“ und „Wissenschaft & Frieden“, der BdWi-Verlag und das Erstellen von politischen Gutachten.

Als Themenfelder behandelt der BdWi u.a.

- Bildungspolitik
- Friedenspolitik
- Antirassistische Forschung und Lehre
- Feministische Politik

BdWi

Gisselberger Straße 7, 35037 Marburg

Tel.: 06421 / 21395

Fax: 06421 / 24654

E-Mail: bdwi@bdwi.de

<http://www.bdwi.de>

BdWi Bonn

Reuterstraße 44, 53113 Bonn

Tel.: 0228 / 219946

Fax: 0228 / 214924

E-Mail: bdwi.bonn@bdwi.de

Norbert Cultus

Geb. 1940 – ausgebildeter Sozialarbeiter, jahrelang bei VW in Wolfsburg gearbeitet, Frührentner, seit Anbeginn bei den Euro-Märschen, Mitglied AK Arbeitslose bei der IG Metall Berlin



Europäische Märsche gegen
Erwerbslosigkeit, ungeschützte
Beschäftigung und Ausgrenzung

Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung

Euromarsch ist ein Netzwerk von Initiativen der Erwerbslosen, Wohnungslosen und Gewerkschaftsgruppen. Wir gehören einer europaweiten sozialen Bewegung gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung an, die gegen die neoliberalen Dogmen und für ein soziales und demokratisches Europa, mit offenen Grenzen, ohne Abschiebungen und Diskriminierungen eintritt.

Im Juni 1997 haben wir einen Sternmarsch durch ganz Europa nach Amsterdam mit 50.000 Menschen anlässlich des EU-Gipfels durchgeführt. Wir haben dagegen protestiert, dass im Vertragswerk von Maastricht und Amsterdam ein Europa festgeschrieben worden ist, das zwar eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsamen Lohn- und Sozialstandards vorsieht. Wir lehnen die Konvergenzkriterien von Maastricht und den Stabilitätspakt ab, weil sie die Europäische Währungsunion

unter das Diktat der Europäischen Zentralbank stellen und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Erwerbslosen wie der abhängig Beschäftigten verschlechtern. Wir wenden uns gegen die Privatisierung und den Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Wir lehnen das Schengener Abkommen und die Abschiebung von MigrantInnen und Flüchtlingen ab. Wir protestieren gegen die neoliberale „Beschäftigungspolitik“ der EU, die auf Flexibilisierung der Arbeit, auf Lohnsenkungen gerade bei den unteren Löhnen und auf die Einführung eines Arbeitszwangs für Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen zielt.

Unseren Protest haben wir nach Luxemburg, Cardiff und Wien getragen; wir zogen damit am 29.5.99 nach Köln, Lissabon, Porto, Nizza (2000), Göteborg, Genua, Lüttich, Brüssel (2001), Barcelona, Sevilla, Florenz (2002) wie auch Porto Alegre waren Stationen europäischer Mobilisierung, auf denen wir sichtbar und hörbar unsere Forderungen vorgetragen haben. Von Anfang an haben wir uns in den Prozess des Weltsozialforums gestellt, und wir gestalten aktiv das Europäische Sozialforum mit.

Wir fordern:

- Das Recht auf Arbeit und Einkommen; wir wollen damit die Debatte über die Notwendigkeit der Überwindung eines Wirtschaftsmodells eröffnen, das uns abhängig macht von den Entwicklungen des Marktes und des Wettbewerbs.
- Ein garantiertes individuelles Einkommen, das jeder und jedem erlaubt, in Würde zu leben, ohne Diskriminierung des Alters, des Geschlechts, der Herkunft usw.;
- Massive Schaffung neuer, sozial und ökologisch nützlicher, tariflich gesicherter und entlohnter Arbeitsplätze; sofortige, gleichzeitige Reduzierung der Arbeitszeit in ganz Europa, mit entsprechenden Neueinstellungen, ohne Lohn- und Kaufkraftverlust und ohne Flexibilisierung; Gleichstellung von Frauen und Männern in Hinblick auf Arbeit und Einkommen.
- Verbesserung aller sozialen Leistungen in Europa, mit jeweiliger Angleichung an das für die Bürgerinnen und Bürger vorteilhafteste Niveau.
- Sofortige Reduzierung der Arbeitszeit in ganz Europa, mit entsprechenden Neueinstellungen, ohne Lohn- und Kaufkraftverlust und ohne Flexibilisierung.
- ein Europa, das gegenüber den Völkern des Südens wie des Ostens offen und solidarisch ist, ohne Rassismus, ohne Ausgrenzung oder Ausweisung, mit gleichen und garantierten Rechten für alle Bewohner, unabhängig von ihrer Herkunft.

Angela Klein,
c/o SoZ-Verlag,
Fon: 0221-9231196,
angela.klein@t-online.de

Mag Woppel

Industriesoziologin und freie Journalistin, seit 1998

Redakteurin des LabourNet Germany.

1960 in Polen geboren, als Teenager über die Schweiz und etliche Stationen im Ruhrgebiet, Bochum, gelandet. Mitglied nationaler und internationaler Vernetzungsinitiativen kritischer / oppositioneller GewerkschafterInnen und Autorin industriesoziologischer und gewerkschaftspolitischer Veröffentlichungen.



LabourNet Germany

20

Der Träger des Alternativen Medienpreises 2001 richtet sich an alle Lohnabhängigen, also auch Erwerbslose sowie soziale Bewegungen und verbreitet Informationen, die oft von den Gewerkschaften und/oder der bürgerlichen Presse unterdrückt werden. Die Themen sind u.a. Arbeits- und Lebensbedingungen, Nachrichten aus Branchen und Konzernen, internationale Informationen, Vernetzung und Widerstand, wirtschaftspolitische Alternativen sowie Gewerkschaftsstrategien jenseits nationaler Wettbewerbsfähigkeitsbündnisse.

In der DGB-Funktionärszeitung hieß es über uns: „LabourNet Germany: Gewerkschaftsnews, die in keiner Zeitung stehen“. In dieser Hinsicht könnte unsere Arbeit als Solidaritätsarbeit und Informationsarbeit verstanden werden. Dennoch ist das nicht alles. Unsere Veröffentlichungen sollten die Lesenden dazu animieren, selbst aktiv zu werden. Hier ist nicht nur Solidarität gefragt. Wir hoffen, daß mehr daraus entwickelt wird: z.B. Informationsaustausch, Zusammenarbeit, Meinungsaustausch oder sogar Nachahmung gelungener Aktionen.

Der Erfolg gibt uns Recht:

- Abgerufene Seiten/Monat: 300 Tausend in 2002; Tendenz steigend
- tägliche Zugriffe: bis zu 9 Tausend Seiten in 2002; Tendenz steigend
- Tagesdurchschnitt an Besuchern: 2 Tausend in 2002; Tendenz steigend

<http://www.labournet.de/>

redaktion@labournet.de



Arbeitslosenverband
Deutschland e.V.

Marion Drögsler

Mitglied des Bundesvorstandes des Arbeitslosenverband Deutschland e.V., Vorstandsvorsitzende des Berliner Arbeitslosenverbandes, seit den 90er Jahren Schuldnerberaterin im Arbeitslosenzentrum Berlin- Marzahn beim Berliner Arbeitslosenverband,

Bundeskoordinierungsstelle des Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V., Georg-Schumann-Str. 50, 04155 Leipzig

Selbstverständnis ALVD e.V

Der Arbeitslosenverband Deutschland hilft die Erwerbslosen und anderen sozial benachteiligten Menschen, unterstützt eine aktive und wirkungsvolle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und wirkt intensiv gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Diffamierung von Erwerbslosen, von Erwerbslosigkeit bedrohten und anderen sozial benachteiligten Menschen. Der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. versteht sich als politischer, vor allem sozial- und beschäftigungspolitischer Interessenvertreter, Lobbyist und Sozialdienstleister für Erwerbslose, von Erwerbslosigkeit bedrohte und andere sozial benachteiligte Menschen. Sein sozialpolitisches Handeln und Wirken richten sich auf die grundsätzlichen sozialen Interessen dieser Menschen wie:

- Kommunikation, Beratung, Betreuung und Unterstützung bei der Integration in den Arbeits-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsmarkt.
- Existenzsichernde Arbeit und Beschäftigung in ihren vielfältigsten Formen.
- Bildung , Qualifizierung , Motivation und wissenschaftliche Arbeit sowie
- Materielle und ideelle Hilfen in sozialen Notlagen und Konfliktsituationen.

Zuschnitt aus: <http://www.arbeitslosenverband.org/j2.htm>

1. Juli 2003

Einzug der Gladiatoren zum Job-Aktiv-Center, Treffpunkt: 10.30 Uhr Hof, Mehringhof.

19 Uhr, Die Initiative Berliner Sozialforum (BSF) lädt ein zur **Diskussion: „Allein machen sie dich ein - Strategien gegen Sozialabbau“** DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstr.1+3, 10787 Berlin, (U-Bhf. Wittenbergplatz),

19 Uhr **Und was war der 17. Juni 1953 nun wirklich? Diskussion**, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin

19:00 Uhr, **1. Vorbereitungstreffen zum Aktionstag gegen den Sozialabbau in Duisburg**, Internationales Zentrum, Duisburg Stadtmitte-Innenhafen (R 16)

2. Juli 2003

10 Uhr, **Gegen Privatisierung und gegen Kürzungen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld! Wir fahren nach Stuttgart!** Aktionstag gegen Tariffucht und Privatisierung anlässlich der Anhörung zur Teilprivatisierung der Uniklinika in Stuttgart www.labournet.de, www.medizin.uni-tuebingen.de/%7Epersrat/aktuell/aufruf0207.pdf, www.medizin.uni-tuebingen.de/%7Epersrat/aktuell/demozeitung.pdf

19 Uhr München, **Tarifvertrag der DGB-Gewerkschaften in der Zeitarbeit**, Ort: Zeitarbeitstreff der KDA, KDA-München, Schwanthalerstr. 91, (Nähe U-Bahn Theresienwiese) www.labournet.de/termine/zeitarbeitstreff.pdf

4. und 5. Juli 03

ver.di-Zukunftskongress: Alternativen zu Privatisierung, Ausgliederung und Sozialabbau. DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20. www.labournet.de/termine/zukunftskongress.pdf

4. und 5. Juli 2003

11. isw-forum: Staat - Steuern - Daseinsvorsorge. München, Gewerkschaftshaus, Schwanthalerstr. 64. www.isw-muenchen.de/download/forum11.pdf.

4.-6. Juli 2003

Jugendspektakel zum Thema „Privatisierung“ in der Schiller-Schule, Waldring 71, Bochum. www.jungdemokratinnen.de/spektakel-2003.htm

8. Juli 2003

19.00 Uhr, **Globalisierung, Flexibilisierung und Gegenwehr im 21. Jahrhundert: ...** Ort: Nachbarschaftshaus Gostenhof, Nürnberg, Adam-Klein-Str. 6, 19.00 Uhr Veranstalter: Netzwerk IT www.netzwerkit.de

9.30 Uhr, **Frankreich 2003: Von Frankreich lernen - heißt: soziale Fantasie und solidarisches Denken und Handeln entwickeln.** Bericht einer GewerkschafterInnen vom Besuch in Frankreich Ort: Bochum, Bahnhof Langendreer. www.labournet.de/termine/frankreich.pdf

17. Juli 2003

19.30 Uhr , **Schröders Agenda 2010**, Ort: Seidlvilla, Nicolaistraße 1b. Eintritt: 5 EUR

19. Juli 2003

11.30 – 16.00 h, **Koordinierungstreffen der regionalen Bündnisse gegen Hartz & Co**, im Bürgerhaus Gallus, Frankenallee 111, Frankfurt / Main, 3, www.Labournet.de

3. August 2003

ATTAC-Aktionskonferenz (attac-homepage)

24. bis 28.09.2003

Akademie, Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Zum Verhältnis von Gesellschafts-, Ideologie- und Wissenschaftskritik und zur Rolle der Utopie im kritischen Denken, , Werftpfuhl bei Berlin, www.bdwi.de

12.-15. November 2003

2. Europäisches Sozialforum „Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften / WTO, Seattle & ff“ Paris/St. Denis, <<http://www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/esf2/index.html>>

Private Einkommensverluste von BürgerInnen im Stadtgebiet Dortmund¹

Geplante Maßnahmen:

- Verschmelzung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (nur erwerbsfähige Hilfeempfänger) ab 1.1. 2004² zur Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II
- Kürzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose ab 45 Jahren, die im Arbeitslosengeldbezug stehen bzw. künftig geraten, von bisher maximal 32 auf 18 Monate (Minderung von 6 bis 14 Monaten).

Beide Maßnahmen betreffen bundesweit gut 3 Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld (Alg), Arbeitslosenhilfe (Alhi) und Unterhaltsgeld nach dem Sozialgesetzbuch III (UHG).

24

Absehbare Ergebnisse

1. Die Maßnahmen betreffen ca. 25.000 Dortmunder Haushalte³, davon 19-20 Tsd. Haushalte mit Alhi und rd. 6.000 Haushalte im Bezug von Arbeitslosengeld.
2. Die gänzlichen oder anteiligen Alhi-Haushalte in Dortmund müssten mit einer jährlichen Transferkürzung zwischen 30 und 46 Mio. rechnen, neue Wohngeldansprüche schon abgezogen. Dies bedeutet eine Minderung des Gesamtvolumens der Unterstützungsleistungen für die betreffenden Haushalte zwischen 21,5 und 33,6 Prozent. Mögliche Mehrausgaben für Mehrleistungen an erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfänger bzw. für neue Leistungsfälle sind vergleichsweise kaum erwähnenswert.
Die Höhe der auf den einzelnen Haushalt bzw. Bezieher bezogenen Kürzung variiert zwischen 0 und 100 Prozent, je nach individuellen Gegebenheiten des Haushalts und der Höhe der ursprünglichen Alhi-Leistung. Komplette Ausfälle der Unterstützungsleistungen herausfallen dürften nach grober Schätzung bis zu 3.500 Personen, die bisher Alhi bzw. Unterhaltsgeld in Anschluss an Alhi bezogen haben.
3. Die Kürzung der Alg-Bezugsdauer hätte für die betreffenden Haushalte in Dortmund ein finanzielles Volumen von 48 bis 58 Mio. . Dies betrifft „nur“ um die Minderung der maximalen Versicherungsansprüche. Für mögliche Einkommensverluste im Einzelfall ist entscheidend, ob der-/diejenige Leistungsempfänger das Ende der maximalen Alg-Bezugsdauer erreicht und ob ein Anschluss-Anspruch auf die neue Leistung ‚Alg II‘ gegeben ist. Die Maßnahme soll alle künftigen Leistungsfälle beim Alg I (bisheriges Alg) einschließen. Es ist von einem dauerhaften Einkommensverlust i.H.v. 20-30 Mio. pro Jahr für Dortmund auszugehen.
4. Beide Maßnahmen bewirken in Dortmund einen Kaufkraftschwund von 50-75 Mio. im Jahr, also zwischen 0,5 und 0,85 Prozent der Gesamtkaufkraft der Dortmunder Bevölkerung. Sozialleistungen an Arbeitslose sind in hohem Masse ‚konsumorientiert‘ und schwächen daher die Binnennachfrage ganz unmittelbar. Für strukturschwache Regionen und die Vertiefung der soziale

Klüfte in der Stadt hat dies verheerende Auswirkungen, obwohl nicht alle 25.000 Haushalte tatsächliche Einkommenseinbußen erleben werden – z.B. Alhi-Empfänger in ergänzendem Sozialhilfebezug oder Alg-Bezieher, die rechtzeitig einen neuen Job erhalten. Ein Teil aber wird um so schwerere Einkommensverluste hinnehmen müssen.

Soziale Folgen

Versicherungsverträge für die Altersvorsorge werden vermehrt zur Bestreitung des laufenden Lebensunterhalts herangezogen, Spareinlagen bis auf ein kaum noch erträgliches Maß geplündert.

Beispiel: Ein Bauarbeiter, der über 30 Jahre auf der Baustelle geplackt, dabei mit zuletzt 2.736 € brutto nicht schlecht verdient hat und nun wegen der schlechten Baukonjunktur mit 52 Jahren arbeitslos wird, darf nach ausgeschöpftem Alg-Anspruch – derzeit - gerade noch 10.800 € legal an Vermögen behalten, alle Altersvorsorgeanlagen inbegriffen!

Manches Einfamilienhaus, so manche Eigentumswohnung wird zusätzlich unter den Hammer geraten, weil mit der dezimierten Lohnersatzleistung keine Hypothekendarlehen zu bedienen sind.

Die verschärfte Anrechnung des Partnereinkommens verstärkt wieder die Umwandlung bisher versicherungspflichtige Erwerbsarbeit in Schwarzarbeit.

-
- 1 Heiko Holtgrave, Auswirkungen der geplanten Veränderungen in den Leistungssystemen für Arbeitslose in Dortmund, AKOPLAN Institut für soziale und ökologische Planung e.V., Dortmund, Juni 2003. (e-mail: akoplandortmund@aol.com, fax 0231/58 60 359, tel. (selten besetzt) 0231/ 52 19 80)
 - 2 Zur Erarbeitung konzeptioneller Details und Bemessung der finanziellen Auswirkungen wurde die im März 2002 installierte ‚Kommission zur Reform für Gemeindefinanzen‘ betraut, die hierfür die AG ‚Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe‘ einrichtete und deren Ergebnisse im Bericht 17.4.2003 vorstellte. http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/doku/1_politik/alhi_sohi_2003_04_17_abschluss.pdf
 - 3 Privathaushalte mit unmittelbar zufließenden Unterstützungsleistungen

Wichtige Informationsquellen:

Die Arbeitnehmerkammer Bremen veranstaltete eine Tagung zur Umsetzung des Harz-Konzepts. Die Tagungsunterlagen können heruntergeladen werden unter:

[HTTP://WWW.ARBEITNEHMERKAMMER.DE/DOWNLOAD/INTERESSENVERTRETUNG/ARBEITSMARKT/HARTZ.PDF](http://www.arbeitnehmerkammer.de/download/interessenvertretung/arbeitsmarkt/hartz.pdf)

Zu den voraussichtlichen Folgen der geplanten Agenda 2010 gibt es einen Foliensatz, mit konkreten Beispielrechnungen unter:

[HTTP://WWW.ARBEITNEHMERKAMMER.DE/SOZIALPOLITIK/DOKU/1 _ POLITIK/AGENDA _ 2010.PDF](http://www.arbeitnehmerkammer.de/sozialpolitik/doku/1_politik/agenda_2010.pdf)

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – auch MEMO-Gruppe – genannt, bringt kritische Analysen zur vorherrschenden Wirtschaftspolitik und den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute heraus.

[HTTP://WWW.MEMO.UNI-BREMEN.DE/](http://www.memo.uni-bremen.de/)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung bringt die WSI-Mitteilungen heraus und führt eigene Studien zur Arbeitsmarktpolitik durch.

[HTTP://WWW.BOECKLER.DE](http://www.boeckler.de)